

Inhaltsübersicht

Erster Teil

Einleitung, Begriffsklärung und Aufgabenstellung sowie historischer Überblick 1

1. Kapitel: Einleitung, Begriffsklärung und Aufgabenstellung 1

- A. Einleitung 1
- B. Der Begriff des Völkerstrafrechts und der Kriegsverbrechen 29
- C. Aufgabenstellung, Zielsetzung und Gang der Arbeit 37

2. Kapitel: Historischer Überblick über die Entwicklung des Kriegsrechts und des Kriegsvölkerstrafrechts 49

- A. Vorbemerkung: Zur Notwendigkeit einer Einführung in die rechtsgeschichtliche Entwicklung 49
- B. Historischer Überblick 51

Zweiter Teil

Die Tatbestände der Kriegsverbrechen im Spannungsfeld zwischen Völkerrecht und Verfassungsrecht 103

3. Kapitel: Kriegsverbrechen im gegenwärtigen internationalen Recht 107

- A. Die aktiven internationalen Strafgerichte 109
- B. Kriegsverbrechen und Gewohnheitsrecht, sowie die Bedeutung der „allgemeinen Rechtsgrundsätze“ nach Art. 38 Abs. 1 lit. c)
IGH-Statut 128
- C. Nationale und internationale Strafgerichtsbarkeit 132
- D. Zusammenfassung 149

4. Kapitel: Der Bestimmtheitsgrundsatz im Völkerrecht	153
A. Einführung	153
B. Entwicklung und überkommene Bedeutung der Normbestimmtheit im internationalen Recht	160
C. Der Bestimmtheitsgrundsatz im Kriegsvölkerstrafrecht angesichts der neueren Entwicklung, besonders des IStGH-Statuts	174
D. Zusammenfassung und Zwischenergebnis	186
5. Kapitel: Völkerstrafrecht und Grundgesetz – verfassungsrechtliche Vorgaben und das Recht der Kriegsverbrechen	189
A. Die „Völkerrechtsfreundlichkeit“ des Grundgesetzes	190
B. Der Grundsatz <i>nullum crimen, nulla poena sine lege</i> – namentlich in seiner Ausprägung als Bestimmtheitsgrundsatz in Art. 103 Abs. 2 GG	192
C. Der Gehalt des Bestimmtheitsgrundsatzes im nationalen Recht	209
D. Nochmals zum internationalen Recht	238
E. Zusammenfassung	239
6. Kapitel: Der Lösungsansatz der §§ 8-12 VStGB im Rahmen von nationaler und internationaler Rechtsordnung	241
A. Der Balanceakt zwischen Verfassungsrecht und Völkerrecht	241
B. Die Auslegung der Tatbestände im Lichte des Völkerrechts	258
C. Der Kollisionsfall und das Prinzip der praktischen Konkordanz	282
D. Zusammenfassung und Zwischenergebnis	294
Dritter Teil	
Die Tatbestände der Kriegsverbrechen im Völkerstrafgesetzbuch und die Notwendigkeit völkerrechtsnaher Interpretation	297
A. Einige Vorbemerkungen – Unterteilung der Begriffe	297
B. Notwendige Beschränkung der Exemplifizierung	301

7. Kapitel: Einführung in die Tatbestände und generelle Voraussetzungen	303
A. Das humanitäre Völkerrecht und seine Sanktionierung	305
B. Übergreifende Voraussetzungen	308
C. Zusammenfassung	323
8. Kapitel: Ausgewählte Verstöße gegen das „Genfer Recht“ (§§ 8-10 VStGB)	325
A. Kriegsverbrechen gegen Personen nach § 8 VStGB	325
B. Kriegsverbrechen gegen humanitäre Operationen und Embleme	343
C. Zur Tatbestandsparallelität sowie Zusammenfassung	351
9. Kapitel: Ausgewählte Verstöße gegen das „Haager Recht“ (§§ 11 und 12 VStGB)	355
A. Verbotene Methoden der Kriegsführung	355
B. Verbotene Mittel der Kriegsführung nach § 12 VStGB – einige begriffliche Anmerkungen	393
C. Zur Tatbestandsparallelität sowie Zusammenfassung	396
10. Kapitel: Anmerkungen zu Regelungen des Allgemeinen Teils	399
A. Die ergänzenden Regelungen des Allgemeinen Teils	400
B. Annex: Das VStGB als Spezialgesetz und die Anwendbarkeit auf sogenannte Kindersoldaten	407
Vierter Teil	
Zusammenfassung, Ergebnis und Ausblick	411
11. Kapitel: Zusammenfassung und Ergebnis	411
A. Kriegsvölkerstrafrecht in verfassungsgemäßer Gestalt	411
B. Die einzelnen problematischen Merkmale	417
C. Beantwortung der Fragestellungen in Thesen	418
12. Kapitel: Ausblick	421
A. Zur weiteren Entwicklung des Kriegsvölkerstrafrechts	421
B. Abschließende Stellungnahme	425

Summary: War Crimes in National and International Law – With Special Regard to the Principle of Specificity	429
Anhang: Texte	435
Literaturverzeichnis	455
Sachregister	493

Inhaltsverzeichnis

Erster Teil

Einleitung, Begriffsklärung und Aufgabenstellung sowie historischer Überblick	1
1. Kapitel: Einleitung, Begriffsklärung und Aufgabenstellung	1
A. Einleitung	1
I. Zur Rolle des Kriegsvölkerstrafrechts in der internationalen Ordnung	3
II. Die „Renaissance“ des Völkerstrafrechts	7
1. Der Bedeutungsverlust anderer Durchsetzungsmechanismen und der korrespondierende Bedeutungsgewinn des Völkerstrafrechts	7
2. Der wachsende nationale Beitrag zur Durchsetzung des Völkerstrafrechts	11
3. Damit einhergehender Bedeutungsverlust internationaler Gerichte?	16
III. Die „Wirklichkeitsnähe“ des Völkerstrafrechts, besonders des Kriegsvölkerstrafrechts	18
1. Durchsetzungsdefizit und problematische strafrechtstheoretische Bereiche	19
a) Zur behaupteten Ineffizienz des Völkerstrafrechts	20
b) Zur behaupteten Überforderung strafrechtstheoretischer Strukturen	22
2. Zum Kriegsrecht in den „neuen Kriegen“	27
B. Der Begriff des Völkerstrafrechts und der Kriegsverbrechen	29
I. Internationales Strafrecht im weiteren und engeren Sinn	30
II. Der Begriff des Kriegsverbrechens	32
III. Zur Begriffsverwendung in dieser Arbeit	37
C. Aufgabenstellung, Zielsetzung und Gang der Arbeit	37
I. Aufgabenstellung	38
1. Kriegsverbrechen im internationalen Strafrecht	39

2. Kriegsverbrechen im nationalen Strafrecht und Art.	40
103 Abs. 2 GG	40
3. Der Bestimmtheitsgrundsatz	42
II. Zielsetzung, Fragestellungen	44
III. Gang der Arbeit	46
2. Kapitel: Historischer Überblick über die Entwicklung des Kriegsrechts und des Kriegsvölkerstrafrechts	49
A. Vorbemerkung: Zur Notwendigkeit einer Einführung in die rechtsgeschichtliche Entwicklung	49
B. Historischer Überblick	51
I. Die Anfänge bis zum Versailler Vertrag	51
1. „Humanität“ und „Kriegsverbrechen“ in der Antike	51
2. Der Einfluss des Christentums auf die Kriegsführung – das Mittelalter	55
3. Staatenbildung, Absolutismus und <i>levée en masse</i>	59
4. Exkurs: Die Vorstellungen anderer Kulturen	65
5. Die Kodifikationen um die Jahrhundertwende	69
6. Der Erste Weltkrieg und seine Folgen	73
a) Das Bestrafungsverlangen des Versailler Vertrages	74
b) Die „Leipziger Prozesse“	76
c) Die Zeit zwischen den Weltkriegen	79
II. Die Kriegsverbrecherprozesse nach dem Zweiten Weltkrieg	81
1. Einleitend: Kriegsverbrechen im Zweiten Weltkrieg	81
2. Die alliierten Pläne zur Verfolgung von Kriegsverbrechen	84
3. Die Prozesse von Nürnberg und Tokio gegen die Hauptkriegsverbrecher	86
4. Das Kontrollratsgesetz Nr. 10 und die Nachfolgeprozesse	90
III. Nach Nürnberg: Rückkehr zum <i>status quo ante</i> ?	91
1. Die Prinzipien von Nürnberg	92
2. Die weitere Entwicklung auf nationaler und internationaler Ebene	92
a) Die internationale Ebene	93
b) Die nationale Ebene, insbesondere Völkerstrafrecht in Deutschland	94

IV. Zur Entwicklung seit den 1990er Jahren	97
1. Die Tribunale für das ehemalige Jugoslawien und Ruanda	97
2. Der ständige Internationale Strafgerichtshof	99
3. Nationale Kodifikationen	101
Zweiter Teil	
Die Tatbestände der Kriegsverbrechen im Spannungsfeld zwischen Völkerrecht und Verfassungsrecht	103
3. Kapitel: Kriegsverbrechen im gegenwärtigen internationalen Recht	107
A. Die aktiven internationalen Strafgerichte	109
I. Die Gerichtshöfe für das ehemalige Jugoslawien und Ruanda	109
1. Das Recht der Kriegsverbrechen in den Statuten der <i>ad hoc</i> -Gerichtshöfe	110
a) Art. 2 JStGH-Statut: Strafbarkeit der grave breaches	111
b) Art. 3 JStGH-Statut: Haager Recht und potentieller Auffangtatbestand	112
c) Art. 4 RStGH-Statut: Kriegsverbrechen im Bürgerkrieg	113
2. Die Rechtsprechung der <i>ad hoc</i> -Gerichtshöfe zu den Kriegsverbrechen	114
a) Art. 2 und 3 JStGH-Statut in der Rechtsprechung des JStGH	115
b) Kritik an dieser Rechtsprechung	117
II. Kriegsverbrechen und der Internationale Strafgerichtshof	119
1. Kriegsverbrechen im IStGH-Statut	119
a) Rezeption neuerer Entwicklungen und Deckungsungleichheiten	120
b) Anwendungsschwelle und Tatbestandscharakter	122
c) Möglichkeit des zeitlich begrenzten opt-out	124
d) Zwischenbewertung	125
2. Die elements of (war) crimes	126
B. Kriegsverbrechen und Gewohnheitsrecht, sowie die Bedeutung der „allgemeinen Rechtsgrundsätze“ nach Art. 38 Abs. 1 lit. c) IGH-Statut	128

I.	Das völkerrechtliche Gewohnheitsrecht	128
II.	Die Bedeutung des Gewohnheitsrechts im Bereich der Kriegsverbrechen	129
III.	Annex: Zu den „von den Kulturvölkern anerkannten allgemeinen Rechtsgrundsätzen[n]“ im Kriegsvölkerstrafrecht	130
	1. Bedeutung für die Kriegsverbrechenstatbestände	131
	2. Allgemeine Rechtsgrundsätze des Strafrechts und Völkerstrafrechts	131
C.	Nationale und internationale Strafgerichtsbarkeit	132
I.	Die zentrale (direkte) Verfolgung der Verstöße als Ausnahme – die Komplementarität im IStGH-Statut	133
II.	Die dezentrale (indirekte) Verfolgung der Verstöße als Regel	135
	1. Grundlagen des <i>indirect enforcement model</i>	135
	2. Weltrechtsprinzip contra Souveränität	137
	a) Verfolgungsberechtigung aus der Natur der Tat selbst	137
	b) Verfolgungsbegrenzung durch das Erfordernis der Völkerrechtsnatur	139
III.	Kritik am gegenwärtigen Verfolgungssystem	141
	1. Schwächen der dezentralen Durchsetzung	142
	2. Mögliche Konterkarierung von § 1 VStGB durch § 153f StPO	144
	3. Gefahr der Zersplitterung des Kriegsvölkerstrafrechts	149
D.	Zusammenfassung	149
4. Kapitel: Der Bestimmtheitsgrundsatz im Völkerrecht		153
A.	Einführung	153
I.	Die Verortung des Bestimmtheitsgrundsatzes im Völkerrecht	153
	1. Zurückführbarkeit des allgemeinen Bestimmtheitsgrundsatzes auf die Quellen des Völkerrechts – Gewohnheitsrecht, allgemeine Rechtsgrundsätze	154
	2. Der besondere Bestimmtheitsgrundsatz des IStGH- Statuts	156
II.	Die „klassische“ Ansicht zur Normbestimmtheit	156

1. Das Völkerrecht als unvollkommene und dynamische Rechtsordnung	157
2. Vorläufige Zusammenfassung – zugleich Ausgangspunkt für weitere Überlegungen	159
B. Entwicklung und überkommene Bedeutung der Normbestimmtheit im internationalen Recht	160
I. Die Entstehung der Kriegsverbrechenstatbestände als Gewohnheitsrecht und Parallelen zu Prinzipien des <i>common law</i>	160
1. Gewohnheitsrecht im <i>common law</i> und im Völkerrecht	160
a) Ein erster Blick auf das <i>common law</i> – relevante Grundzüge	160
b) Folgerungen für das Völkerrecht	162
2. Ein zweiter Blick auf das <i>common law</i> : Normbestimmtheit im <i>common law</i>	163
a) England	163
b) Vereinigte Staaten von Amerika	165
c) Fazit: Bestimmbarkeit im angelsächsischen Recht und Folgerungen für das Völkerrecht	166
II. Die Bedeutung von <i>nullum crimen, nulla poena sine lege</i> in seiner Ausprägung als Bestimmtheitsgrundsatz in der Entwicklung des Kriegsvölkerstrafrechts nach Nürnberg	169
1. Bestimmbares Gewohnheitsrecht	169
2. Bedeutungsgewinn des Satzes <i>nullum crimen sine lege</i>	170
a) Festschreibungen des Satzes in völkerrechtlichen Verträgen und gesteigerte Regelungsdichte des humanitären Völkerrechts	170
b) Bekenntnis zu <i>nullum crimen sine lege</i> und Nichtgeltung der Rechtsfolgenbestimmtheit	172
C. Der Bestimmtheitsgrundsatz im Kriegsvölkerstrafrecht angesichts der neueren Entwicklung, besonders des IStGH-Statuts	174
I. Der gegenwärtige Stand des Völkerstrafrechts und die Notwendigkeit einer Stärkung des Bestimmtheitsgrundsatzes im internationalen Recht	174
1. „Klassische“ Auffassung und Entwicklungen in jüngerer Zeit	175

a)	Bedeutung des IStGH-Statuts für die Bedeutungssteigerung des Bestimmtheitsgrundsatzes	176
b)	Art. 22 ff. IStGH-Statut	178
2.	Rückwirkungen der Bestimmtheitsregelung im IStGH-Statut auf den allgemeinen Bestimmtheitsgrundsatz im Völkerrecht?	180
II.	„Dynamische“ Weiterentwicklung <i>versus</i> „statische“ Bestimmtheit	181
1.	Die weiterhin bestehende Notwendigkeit der Entwicklung des Völker gewohnheitsrechts	182
2.	Der Gehalt des Bestimmtheitsgrundsatzes im Völkerrecht	184
D.	Zusammenfassung und Zwischenergebnis	186
5. Kapitel: Völkerstrafrecht und Grundgesetz – verfassungsrechtliche Vorgaben und das Recht der Kriegsverbrechen		189
A.	Die „Völkerrechtsfreundlichkeit“ des Grundgesetzes	190
B.	Der Grundsatz <i>nullum crimen, nulla poena sine lege</i> – namentlich in seiner Ausprägung als Bestimmtheitsgrundsatz in Art. 103 Abs. 2 GG	192
I.	Einige Grundsätze zu <i>nullum crimen, nulla poena sine lege</i>	194
1.	Die Rechtsnatur von Art. 103 Abs. 2 GG	197
2.	Ursprünge des <i>nullum crimen, nulla poena sine lege</i> -Satzes und Skizzierung seiner geschichtlichen Entwicklung	198
II.	Die einzelnen Ableitungen des Grundsatzes <i>nullum crimen, nulla poena sine lege</i> und ihre Relevanz für die Tatbestände der Kriegsverbrechen	203
1.	Das Rückwirkungsverbot (<i>lex praevia</i>)	203
2.	Das Verbot gewohnheitsrechtlicher Strafgesetze (<i>lex scripta</i>)	204
3.	Das Analogieverbot (<i>lex stricta</i>)	204
4.	Der Bestimmtheitsgrundsatz (<i>lex certa</i>)	205
III.	Bestimmtheitserfordernisse als aktueller Problemschwerpunkt bei der Definition der Kriegsverbrechenstatbestände	206
1.	Der Bestimmtheitsgrundsatz als zentrale Ausprägung des Art. 103 Abs. 2 GG	206

2. Die Auswirkungen des Prinzips der Komplementarität	207
3. Zielidentität zwischen Bestimmtheitsgrad und effektivem Kriegsrecht	208
C. Der Gehalt des Bestimmtheitsgrundsatzes im nationalen Recht	209
I. Die <i>Magna Charta</i> des Kriegsverbrechers	210
II. Gehalt der Normbestimmtheit im nationalen Recht	211
1. Grundsätzliche Forderungen an die Tatbestandsbestimmtheit	212
2. Von der Bestimmtheit zur Bestimmbarkeit	213
a) Bestimmbarkeit durch Auslegung	215
b) Bestimmbarkeit durch gefestigte Rechtsprechung	217
c) Vorläufiges Fazit: Normbestimmbarkeit durch Auslegung „ <i>lege artis</i> “	219
III. Folgerungen für die Tatbestandsfassung	220
IV. Bestimmtheit der Rechtsfolge	222
1. Abstufung von Bestimmtheitsanforderungen nach der Strafandrohung	224
2. §§ 8-12 VStGB als Verbrechenstatbestände (§ 12 StGB)	226
3. Fazit: Strafandrohungen der §§ 8-12 VStGB und Bestimmtheit	227
V. Spezielle Anwendungsbereiche des Bestimmtheitsgrundsatzes	227
1. Verweisung und Blankettstrafgesetz	228
a) Verweisung und Verweisungstypen	228
aa) Binnen- und Außenverweisung	229
bb) Statische und dynamische Verweisung	229
b) Das Blankettstrafgesetz	230
c) Verweisungstypen und Blankettstrafgesetze in §§ 8-12 VStGB	231
2. Generalklauseln und unbestimmte Rechtsbegriffe	233
3. Berücksichtigung von Tatbestandsbesonderheiten?	234
VI. Kritik und Stellungnahme	234
D. Nochmals zum internationalen Recht	238
E. Zusammenfassung	239

6. Kapitel: Der Lösungsansatz der §§ 8-12 VStGB im Rahmen von nationaler und internationaler Rechtsordnung	241
A. Der Balanceakt zwischen Verfassungsrecht und Völkerrecht	241
I. Ziele des Völkerstrafgesetzbuches und Vorgaben	242
II. Art. 25 GG und Modifikationen der Normbestimmtheit?	243
1. Allgemeine und besondere Pönalisierungsgebote	244
2. Vorab wirkende Modifikationen wegen Völkerrechtsfreundlichkeit?	245
3. Modifikationen wegen des Adressatenkreises?	249
a) Kriegsvölkerstrafrecht als ausschließliche Spezialistenmaterie?	250
b) Nichtvergleichbarkeit der Tatbestände, Rechtsfolgen und der Umstände	251
III. Weitere Lösungsmöglichkeiten	253
1. Zugunsten des Völkerstrafrechts – stillschweigende Verfassungsänderung	253
2. Zugunsten des Völkerstrafrechts – verminderter Geltungswille der Grundrechte bei Sachverhalten mit Auslandsberührungen?	255
3. Zugunsten des Bestimmtheitsgrundsatzes – Zuständigkeit des IStGH	255
4. Zugunsten des Bestimmtheitsgrundsatzes – permanente Anpassung des VStGB	257
5. Änderung des Art. 103 Abs. 2 GG	257
B. Die Auslegung der Tatbestände im Lichte des Völkerrechts	258
I. Völkerrecht als Quelle der Kriegsverbrechens-tatbestände	259
II. Kriterien der Auslegung	260
1. Allgemeine Kriterien für die Auslegung	261
2. Besonderheiten der Auslegung im nationalen Recht – verfassungskonforme und völkerrechtskonforme Auslegung	265
a) Die verfassungskonforme Auslegung	266
b) Die völkerrechtsfreundliche Auslegung	267
aa) Verpflichtung zur völkerrechtsfreundlichen Auslegung aus Völkerrecht	268
bb) Verpflichtung zur völkerrechtsfreundlichen Auslegung aus Verfassungsrecht	269

c) Auswirkungen des Prinzips der völkerrechtsfreundlichen Auslegung	271
d) Konflikt der Auslegungsgrundsätze?	272
e) Versuch einer Synthese – Fortwirkung des Bestimmtheitsgebots in der Auslegung	272
aa) Die restriktive Auslegung	272
bb) Die teleologische Reduktion	274
III. Art. 103 Abs. 2 GG als Grenze der Auslegung	275
1. Art. 103 Abs. 2 GG als unmodifizierter Bestimmtheitsmaßstab auch aus dem Völkerrecht transponierter Normen	275
2. Bestimmtheitsgrundsatz und Völkerrechts-freundlichkeit als der „praktischen Konkordanz“ zugängliche Verfassungswerte	277
a) Art. 103 Abs. 2 GG in der „praktischen Konkordanz“	277
aa) Gesetzlichkeitsprinzip und Rückwirkungsverbot	279
bb) Bestimmtheitsgrundsatz und Analogieverbot	279
b) Die Völkerrechtsfreundlichkeit in der „praktischen Konkordanz“	280
c) Ergebnis	282
C. Der Kollisionsfall und das Prinzip der praktischen Konkordanz	282
I. Grundlagen des Prinzips der praktischen Konkordanz	282
1. Die Einheit der Verfassung	283
2. Austarierung und Ergebnisfindung durch Abwägung	284
3. Anwendungsbereich – Arten der Kollision	285
II. Vorzugswürdigkeit für die Lösung des Spannungsfeldes zwischen Völkerstrafrechts-freundlichkeit und Normbestimmtheit	286
III. Kriterien zur Einstellung in die Abwägungsentscheidung	289
IV. Anwendung auf den gegebenen Kollisionsfall	291
D. Zusammenfassung und Zwischenergebnis	294
Dritter Teil	
Die Tatbestände der Kriegsverbrechen im Völkerstrafgesetzbuch und die Notwendigkeit völkerrechtsnaher Interpretation	297

A. Einige Vorbemerkungen – Unterteilung der Begriffe	297
B. Notwendige Beschränkung der Exemplifizierung	301
7. Kapitel: Einführung in die Tatbestände und generelle Voraussetzungen	303
A. Das humanitäre Völkerrecht und seine Sanktionierung	305
I. Die Regeln des humanitären Völkerrechts	305
II. „Genfer Recht“ und „Haager Recht“	305
III. Der Schritt zur Pönalisierung	307
B. Übergreifende Voraussetzungen	308
I. Internationaler/Nichtinternationaler bewaffneter Konflikt	308
1. Die zeitliche Dimension des Konfliktes	310
2. Die Schwelle zum „bewaffneten Konflikt“ und die „Bewaffnethheit“ des Konfliktes	312
3. Der internationale Konflikt – insbesondere die Konfliktparteien	315
4. Der nichtinternationale Konflikt – insbesondere die Konfliktparteien	318
5. Zur Vereinbarkeit mit dem Bestimmtheitsgrundsatz	319
II. Die Einzeltat und der bewaffnete Konflikt	321
III. Die Systematik der Tatbestände der Kriegsverbrechen	322
C. Zusammenfassung	323
8. Kapitel: Ausgewählte Verstöße gegen das „Genfer Recht“ (§§ 8-10 VStGB)	325
A. Kriegsverbrechen gegen Personen nach § 8 VStGB	325
I. Der geschützte Personenkreis –	
§ 8 Abs. 6 VStGB	325
1. Uneschriebene Einschränkungen	325
a) Schutz der Personengruppen durch den einzelnen Tatbestand	325
b) Ausschluss der Distanzangriffe	327
2. Vorab: Kombattanten, Kämpfer und an Kampfhandlungen beteiligte Zivilpersonen	328
a) Der Kombattanten-, bzw. Kämpferstatus	329
b) Kämpfende „Zivilisten“ und der Verlust des Schutzes	329
3. Geschützte Personen in beiden Konfliktarten	331

4. Geschützte Personen im internationalen bewaffneten Konflikt	332
5. Geschützte Personen im nichtinternationalen bewaffneten Konflikt	333
6. Verhältnis zum Bestimmtheitsgrundsatz	334
II. Zu einzelnen Tatbestandsmerkmalen in	
§ 8 Abs. 1 VStGB	335
1. Generalklauseln und offene Begriffe in	
§ 8 Abs. 1 VStGB	335
2. Die Anforderungen an das Gerichtsverfahren in	
§ 8 Abs. 1 Nr. 7 VStGB	336
a) Liste der Verfahrensgarantien	337
b) Tatbegehung im nichtinternationalen bewaffneten Konflikt – Abgleich mit dem IStGH-Statut	339
c) Im Besonderen: Kriegsgefangene (internationaler bewaffneter Konflikt)	341
d) Qualifizierte Rechtsfolge: „erhebliche Strafe, insbesondere ...“	341
e) Bestimmbarkeit der Norm	342
B. Kriegsverbrechen gegen humanitäre Operationen und Embleme	343
I. Der Angriffstatbestand des § 10 Abs. 1 VStGB	343
1. Bestimmbare Merkmale: „Angriff“; „mit militärischen Mitteln“	345
2. Vorab: Ausschluss des Schutzes – „... solange sie Anspruch auf den Schutz haben, ...“	345
3. Der Begriff der humanitären Hilfsmission	347
4. Der Begriff der friedenserhaltenden Mission	347
5. „... in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen ...“	349
II. Ergebnis: Bestimmbarkeit der Begriffe?	350
C. Zur Tatbestandsparallelität sowie Zusammenfassung	351
I. Zur Deckungsgleichheit der von §§ 8-10 VStGB erfassten Tatbestände gegenüber dem IStGH-Statut	351
II. Zusammenfassung	351
9. Kapitel: Ausgewählte Verstöße gegen das „Haager Recht“ (§§ 11 und 12 VStGB)	355
A. Verbotene Methoden der Kriegsführung	355

I.	Die Verhältnismäßigkeitsregelung des § 11 Abs. 1 Nr. 3	355
1.	Entstehungsgeschichte und Struktur	356
a)	Entstehungsgeschichte von Art. 8 Abs. 2 (b) (iv) IStGH-Statut	356
b)	Struktur des Tatbestandes	357
2.	„... mit militärischen Mitteln einen Angriff durchführt ...“	358
a)	Mit militärischen Mitteln	358
b)	Angriff	359
3.	Ungeschriebenes Tatbestandsmerkmal: militärisches Ziel	360
a)	Definition des Begriffes „militärisches Ziel“	361
b)	Zu weitgehende Effekte	363
c)	Abgrenzungsschwierigkeiten	364
4.	Das Erfordernis der Verhältnismäßigkeit zwischen kollateral verursachtem Schaden und dem militärischen Vorteil	366
a)	Der insgesamt erwartete konkrete und unmittelbare militärische Vorteil	366
aa)	Der Angriff als Ganzes	368
bb)	Der militärische Vorteil	369
b)	Der Kollateralschaden	370
c)	Das Verhältnismäßigkeitsprinzip an sich	371
aa)	Notwendigkeit einer Wertung	372
bb)	Anwendung des Verhältnismäßigkeitsprinzips	373
α)	Typisierung	375
β)	Fallbeispiele	376
γ)	Folgerungen – Reduktion des Tatbestandes auf Evidenzfälle	378
δ)	Offensichtlich außer Verhältnis als Entsprechung zu clearly excessive	380
ε)	Kritik	381
II.	Die Verhältnismäßigkeitsregelung des § 11 Abs. 3 VStGB	383
1.	„Natürliche Umwelt“	383
2.	„... weit reichende, langfristige und schwere Schäden ...“	384
3.	Die eigentliche Verhältnismäßigkeitsregelung	386
III.	Der Perfidietatbestand nach § 11 Abs. 1 Nr. 7 VStGB	387

1. Verbotene Perfidie	388
2. Erlaubte Kriegslist	390
3. Folge des perfiden Verhaltens	391
4. Bestimmbarkeit der Norm	393
B. Verbotene Mittel der Kriegsführung nach § 12 VStGB – einige begriffliche Anmerkungen	393
C. Zur Tatbestandsparallelität sowie Zusammenfassung	396
I. Zur Deckungsgleichheit der von §§ 11 und 12 VStGB erfassten Tatbestände gegenüber dem IStGH-Statut	396
II. Zusammenfassung	396
10. Kapitel: Anmerkungen zu Regelungen des Allgemeinen Teils	399
A. Die ergänzenden Regelungen des Allgemeinen Teils	400
I. Der subjektive Tatbestand	400
II. Rechtswidrigkeit – insbesondere Notwehr	402
III. Schuld	404
1. Handeln auf Befehl	404
2. Irrtum	405
3. Entschuldigender Notstand	406
IV. Befehlshaberverantwortlichkeit	406
B. Annex: Das VStGB als Spezialgesetz und die Anwendbarkeit auf sogenannte Kindersoldaten	407
I. Das VStGB als Spezialgesetz	407
II. Anwendbarkeit auf sogenannte Kindersoldaten	409
Vierter Teil	
Zusammenfassung, Ergebnis und Ausblick	411
11. Kapitel: Zusammenfassung und Ergebnis	411
A. Kriegsvölkerstrafrecht in verfassungsgemäßer Gestalt	411
I. Kriegsverbrechenstatbestände und Normbestimmtheit	412
II. Ablehnung von abstrakten Lockerungen der Normbestimmtheit	414
1. Argumente für eine abstrakte Lockerung	414
2. Argumente gegen eine abstrakte Lockerung	415
III. Konkrete Auflösung etwaiger Kollisionen durch Auslegung und praktische Konkordanz	415

B. Die einzelnen problematischen Merkmale	417
C. Beantwortung der Fragestellungen in Thesen	418
I. Parallelität der §§ 8-12 VStGB zu Art. 8 IStGH-Statut	418
II. Abweichungen in der Tatbestandserfassung	419
III. Die Einhaltung des Bestimmtheitsgrundsatzes	419
IV. Zum Spannungsfeld zwischen Art. 25 und Art. 103 Abs. 2 GG	419
V. Die Auslegung der Kriegsverbrechenstatbestände	420
12. Kapitel: Ausblick	421
A. Zur weiteren Entwicklung des Kriegsvölkerstrafrechts	421
I. Die Implementierung der Kriegsverbrechenstatbestände	421
II. Tatsächliche Durchsetzung der Strafansprüche	422
B. Abschließende Stellungnahme	425
Summary: War Crimes in National and International Law – With Special Regard to the Principle of Specificity	429
Anhang: Texte	435
1. Liste „eigentlicher“ Kriegsverbrechen der Commission des responsabilités des auteurs de la guerre (1919)	437
2. Die Nuremberg Principles (1946/1950)	439
3. Kriegsverbrechen im JStGH-Statut (1993)	441
4. Kriegsverbrechen im RStGH-Statut (1995)	443
5. Kriegsverbrechen im IStGH-Statut (1998)	444
6. Kriegsverbrechen im VStGB (2002)	449
Literaturverzeichnis	455
Sachregister	493